

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher B 1547
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. ::
Anzeigen der Zahlstellen 10 Pfg.

No. 3

Cöln, den 1. Februar 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Werbt eifrig neue Mitglieder für den Verband!

Ein Pionier des sozialen Fortschritts.

(Zum 70. Geburtstag Hans Herrmann Frh. v. Berlepsch.)

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesetzgebung in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, betrachten, und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir sollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung und unseren herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterschaft selbst, infolge der Schwäche ihrer Organisationen noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiert; das ist der uns allen bekannte, in unserer christlichen Arbeiterschaft geachtete und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch. Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft als Minister hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso klug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengefunden haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungspräsident v. Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, fühlenden Menschen, wie er es war, mit den Nöten und Beschwerden und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ernstesten Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Ideen reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser

und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preußische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Anstoß erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch weckte jedoch mächtige Gegner. Das Scharfmachertum stürmte mit aller Gewalt gegen diesen sozialen Minister an, und wenn Frhr. v. Berlepsch sich nicht dadurch heirren ließ, den eingeschlagenen Weg ruhig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegnerischen Strömung unter dem Reichskanzler von Hohnlohe, eine Schwenkung im sozialpolitischen Kurs durchzusetzen, der vorübergehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien durchzuführen, dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewann, daß für seine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war.

Nunmehr aber folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des verehrten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Er zog sich nicht zurück ins Privatleben, sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedensten Parteien und Berufe, wie Hitze, Brandts, Schmoller, Roedike, Merton, Geibel, von Kottenburg, Franke u. a. die Zeitschrift Soziale Praxis, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher erfolgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzkongress in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der

heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkte aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswerter Frische, Herzlichkeit und Zähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugtuung erlebt, daß nicht nur seine Ideen in unserem engeren Vaterlande praktische Gestalt in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzverträge, dem voraussichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es ist ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung, in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm gelauscht und seinen trefflichen Ideen stürmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat sich mehr als einmal in der anerkanntesten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongress in Dresden hatte er in hochherziger Weise das Referat über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherr von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstlosester Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angestellten mit dem Ziele, das harte Los des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu ebnen zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir dem Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht, unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern auch mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opfer Sinn dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Freiherrn von Berlepschs sicherzustellen. Wir bitten unsere Freunde, unsere Beamten, Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner, wenn demnächst der Ruf an sie ergeht, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und mit der bekannten Opferwilligkeit zu unterziehen, die unsere christliche Arbeiterschaft von jeher ausgezeichnet hat. Der Wahlspruch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, „Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe“, soll auch unser Wahlspruch sein, und an uns soll es liegen, unter diesem Wahlspruche die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

Mehr Idealismus.

Die gewerkschaftliche Organisation wird vielfach nur als eine rein materielle Bewegung betrachtet. In dem Bestreben nach höherem Lohn, kürzerer Arbeitszeit, überhaupt besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, erblickt man sehr oft nur den Versuch, den Mitgliedern einen größeren Teil der materiellen Güter, auf Kosten anderer Stände und Gesellschaftsschichten zu verschaffen.

Diese falsche Bewertung der gewerkschaftlichen Organisation trifft man nicht nur außerhalb unserer Bewegung, sondern auch zum Teil bei unseren Mitgliedern selbst.

Demgegenüber dürfte es angebracht erscheinen, im Folgenden einmal die sittlich-ideelle Seite unserer Bewegung hervorzuheben. Gewiß ist es die erste und vornehmste Aufgabe, unseres Verbandes, den Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Aus dieser ersten Aufgabe erwächst ihm aber auch zu gleicher Zeit die zweite, den Arbeiterstand geistig und sittlich zu heben. Denn was nützt es dem Einzelnen, wenn er ein verhältnismäßig hohes Einkommen besitzt, aber nicht gelernt hat, davon den richtigen Gebrauch zu machen. Hier hat die Gewerkschaft einzusetzen. Sie versucht das Emporstreben des ganzen Standes nach höheren Kulturbedürfnissen zu wecken. Wieviel Früchte unserer Kulturentwicklung sind heute für ganze Stände und Gesellschaftsschichten verloren, nur aus dem Grunde, weil sie kein Verständnis für eine derartige Kultur haben. Von Angehörigen der sogenannten besseren Stände wird ununterbrochen versucht, eine Besserung herbeizuführen. Wenn diese Bestrebungen bis heute mit einem verhältnismäßig geringen Erfolge begleitet gewesen sind, dann doch zum guten Teil aus dem Grunde, weil ein gewisses Mißtrauen bei der breiten Masse vorhanden ist. Bei einem Stande, wie der heutige Lohnarbeiterstand, ist das selbstverständlich. Weiter Kreisen fehlt heute noch das Verständnis für Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des Arbeiters.

Hier ist die Gewerkschaft der berufene Faktor, seine Mitglieder der heutigen Kultur näher zu bringen. Hat sie zunächst durch die Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die notwendigen Vorbedingungen geschaffen, dann kann sie an diese Aufgabe herantreten. Sind die Mitglieder zum Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen, zur Würdigung der einzelnen Persönlichkeit erzogen, steht das Feld offen für die geistige und sittliche Hebung.

Unmöglich können aber die Verbandsleitung und die angestellten Beamten des Verbandes diese Aufgabe allein erfüllen. Sie bedürfen der Mithilfe eines jeden fortgeschrittenen Kollegen. Wie segensreich kann nicht das Vorbild des tüchtigen Gewerkschaftlers in bezug auf treue Pflichterfüllung im Dienst, als Familienvater, im öffentlichen Leben, als Mitglied des Verbandes und der konfessionellen Ständebereine, für seine Berufskollegen wirken.

Das ganze Leben weiter Volksschichten kann dadurch an sittlichem Werte gewinnen.

Erfassen die Kollegen so ihre Aufgaben als Gewerkschaftler, sind sie von Idealismus für diese Kulturaufgabe beseelet, wird auch der vierte Stand auf allen Gebieten als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt werden.

Für Agitation bei den Straßenbahner.

Es kann wohl nicht bestritten werden, daß die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation bei den Straßenbahner schwieriger ist wie in jedem anderen Berufe. Es liegt dies zunächst an dem Umstande, daß sich das Straßenbahnerpersonal aus den Angehörigen aller anderen Berufe zusam-

mensetzt. Zunächst ist ein großer Teil der Bediensteten, welche sich, direkt vom Lande kommend, dem Straßenbahnerberuf widmen und in den meisten Fällen die hehre und große Sache der gewerkschaftlichen Tätigkeit gar nicht kennen. Ein anderer Teil hat schon bessere Lage gesehen, sind vielfach schon selbständige Gewerbetreibende gewesen. Durch irgend ein Unglück in ihrer bisherigen Existenz vernichtet, suchen sie bei der Straßenbahn Unterkunft. Wieder andere gehen mit dem Gedanken um, unter allen Umständen einen Vorgesetzten-Posten zu bekommen. In der letzten Gruppe sind jene anzutreffen, welche denken, ach was soll ich mich an die Organisation stören, was die andern erreichen, bekomme ich ja auch. Dazu kommt noch, daß man in allen Gruppen, solche findet, welche sich damit entschuldigen wollen, ich kann die Beiträge nicht bezahlen. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, muß die Agitation diesen Verhältnissen angepaßt werden. Es darf nun diese Arbeit nicht nur den Vertrauensleuten überlassen bleiben, sondern jedes Mitglied muß in der Agitation seinen Mann stellen. Diejenigen, welche vom Lande herein kommen, sind fast ausschließlich für die Organisation zu gewinnen, es muß nur jede Gelegenheit wahrgenommen werden, um diesen Zweck und Ziele der Organisation zu erläutern, so auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle oder sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Ganz besonders müssen die Kollegen dort, wo die Organisation bereits Erfolge zu verzeichnen hat, darüber aufgeklärt werden, daß die bestehenden Mißstände, welche auch die jungen Kollegen meistens gleich wahrnehmen, nur beseitigt werden können, wenn auch sie sich der Organisation anschließen. Ebenso müssen sich die älteren Kollegen der jüngeren annehmen und ihnen behilflich sein in solchen Fällen, wo die jüngeren sich noch nicht so recht zu helfen wissen, so bei Zusammenstößen, beim Schreiben von Meldungen usw., dadurch wird bei den jüngeren Kollegen das Vertrauen zu den älteren gehoben und es wird dann gar nicht schwer fallen, dieselben für die Organisation zu gewinnen. Den unter die zweite Gruppe fallenden Kollegen muß es besonders aufs Herz gelegt werden, wenn sie auch früher in besseren Verhältnissen gelebt haben, daß es jetzt ihre Pflicht ist, an der Sebung des Arbeiterstandes und besonders des Straßenbahnerstandes mitzuarbeiten, da es ja auch für sie keinen anderen Weg gibt, ihre Lage zu verbessern. Die sogenannten Streber sind für die Organisation selten zu gewinnen. So lange sie dieses Ziel mit ehrlichen Mitteln, wie durch Fleiß und Tüchtigkeit im Dienste, zu erreichen suchen, ist dagegen nichts einzumenden, aber mit allen zu Gebote stehenden Mitteln muß das sogenannte Denunziantentum, welches in den Straßenbahnbetrieben des öfteren anzutreffen ist, ausgerottet werden. Auch jene mögen bedenken, daß es eines anständigen Menschen unwürdig ist, auf diesem Wege weiter zu kommen. Aber ebenso verwerflich ist der Gedanke: „Was soll ich mich organisieren, was die anderen erreichen, bekomme ich auch.“ Müssen sich solche Leute nicht vor sich selbst schämen, auf einer so niedrigen Kulturstufe zu stehen, sind sie nicht auch jenen zu Dank verpflichtet, die neben ihrem schweren Dienst sich rastlos in den Dienst der guten Sache stellen, ihre freien Stunden opfern und manche Stunde Schlaf entbehren müssen. Diesen muß bei jeder Gelegenheit das Verwerfliche ihrer Handlungsweise vorgehalten werden, und ist hier auch des öfteren ein hartes Wort wohl am Platze. Die Kollegen, die einwenden, die Beiträge nicht aufbringen zu können, mögen doch einmal ehrlich sein, und sie werden gestehen müssen, daß kein Opfer so große Frucht bringt wie gerade dieses. Wie viele Millionen sind der Arbeiterschaft zugeführt worden, ebenso hat die Arbeitszeit eine gewaltige Einschränkung erfahren, und ist nicht überall zu beobachten, daß dort, wo eine straffe Organisation die Kollegen den meisten Nutzen an dieser Errungenschaft

haben. Ebenfalls kann man in allen Betrieben, wo die Organisation gut ausgebaut ist, eine bessere Behandlung finden, wie in anderen Betrieben. Aber mancher hat auch seine falsche Sparsamkeit schon eingesehen, aber erst dann, wenn er es am eigenen Leibe verspürte. So bei Gerichtsverhandlungen, wo oft 20 und mehr Mark aufgebracht werden müssen für Rechtsschutz, bei Krankheiten, wo die Unterstützungen, oft noch durch Lokalbestimmungen erweitert, eine nicht zu unterschätzende Wohltat bedeutet, desgleichen bei Sterbefällen, wo fast in allen Fällen die Not am größten ist. Kollegen, der Zweck dieser Zeilen soll sein, diese Gedanken und die Wohltat der Organisation allen jenen zu unterbreiten, welche die selben noch nicht kennen, oder aber nicht anerkennen wollen.

Nicht nur die Vertrauensleute, sondern alle Kollegen müssen in diesem Sinne in die Agitation treten. Eine Schwierigkeit ist uns genommen durch die Neugestaltung des Verbandes. Derselbe wird in Zukunft noch besser in der Lage sein, unsere Interessen zu vertreten, wie dieses bisher der Fall war. Es ist aber vor allen Dingen notwendig, um erfolgreich zu agitieren daß jeder ein vollwertiges Mitglied ist und die Kollegen sich gegenseitig unterstützen. Auch glauben noch manche, für jede kleine Unannehmlichkeit, die im Dienste vorkommt, die Organisation verantwortlich zu machen, auch selbst dann, wenn eine persönliche Auseinandersetzung in Frage kommt. Von solchen kleinlichen Argumenten darf sich ein tüchtiger Gewerkschaftler nicht leiten lassen. Besonders wirken diese kleinlichen Mörgeleien abstoßend in Gegenwart von Unorganisierten. Wir müssen uns immer vor Augen führen, daß überall etwas zu wünschen übrig bleibt und in allen Fällen, wo wir nicht zufrieden sind mit irgend einer Angelegenheit, sei es im Dienst oder sei es das Verhalten einiger Kollegen oder aber auch mit der Leitung der Organisation, wollen wir uns eine Kritik nicht unterbinden lassen, aber an der rechten Stelle und am rechten Ort. Wenn wir so in Zukunft arbeiten werden, dann wird sich auch der Wunsch, der in der ersten Nummer unseres neuen Organes ausgesprochen wurde, im laufenden Jahre die Mitgliederzahl zu verdoppeln, erfüllen. Drum Kollegen! Auf zur treuen Mitarbeit zum Wohle für uns und unsere Familie, sowie zum Wohle der gesamten Straßenbahner.

Umnoble Kampfesweise.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Genossen und Gelben, sobald ihnen sachliche Gründe fehlen, den Kampf mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung aufnehmen, oder aber in den Sumpf der persönlichen Verunglimpfungen herabsteigen. Faßt dann der Beleidigte so einen Verleumder am Kragen und übergibt ihn dem Gerichte, dann läuft er auch bei einer Verurteilung die Gefahr, die Unkosten und Anwaltskosten selbst zahlen zu müssen. Wie bei den sozialdemokratischen Redakteuren in Essen, in Duisburg haben sich die Verleumder eben gefehlich eingerichtet, so daß der Gerichtsvollzieher nichts holen kann.

Den besten Beweis für die eingangs aufgestellte Behauptung liefert wiederum der rote Straßenbahner in seiner Nummer 2, 1913. Wörtlich schreibt er:

„In der Abschiedsnummer der „Straßen- und Kleinbahnerzeitung“ vom 21. Dezember wird gezeigt, wohin die Straßenbahner geführt werden sollen. Daselbige, was man beim „Allgem. Deutschen Straßenbahner-Verband“ bemängelt hat, haben sie jetzt in ihr Statut aufgenommen. Es heißt dort: Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sollen sein: „Herbeiführung günstiger Dienst- und Lohnverhältnisse unter möglichster Wahrung eines friedlichen Ausgleiches zwischen Verwaltungen und Bediensteten und Arbeitern.“ Von

der Anwendung des unter § 152 der Gewerbeordnung zugebilligten Rechtes, ist mit dem besten Willen nichts herauszulassen. Etwas anderes haben auch die Selben nicht in ihrem Statut stehen, und gerade deshalb hat man ihnen von christlicher Seite den Vorwurf des gelben Charakters gemacht. Auch die Berufung des früheren Bezirksleiters von Düsseldorf, Herrn Heinrich Giamann, als Redakteur und Hauptkassierer gibt zum Denken Anlaß. War es doch gerade dieser Mann, der auf dem Verbandstage in München im Jahre 1910 den Antrag gestellt hat, den Straßenbahnern das Streikrecht zu nehmen."

Schon in der Nummer 1 unseres Organs haben wir diese Verleumdung durch die klaren Bestimmungen unserer Satzungen zurückgewiesen. Schadet nichts, der „Straßenbahner“ verleumdet weiter.

Zu den Behauptungen über die Vorgänge auf dem Verbandstage in München ist nur zu sagen, daß weder der Koll. Giamann noch ein anderer Teilnehmer oder Gast einen Antrag gestellt, noch befürwortet haben, der den Straßenbahnern das Streikrecht abspriecht.

Nach alter Weiberart hat der „Straßenbahner“ etwas unbestimmtes läuten hören und hat nun nichts eiligeres zu tun, als es in alle Welt hinauszuposaunen. Und ein dortiges Blatt soll dann noch von den Kollegen und Verwaltungen ernst genommen werden.

Recht erheitend wirkt auch der Vorwurf, der in der Bestimmung unserer Satzungen, nach der wir die „Herbeiführung günstiger Dienst- und Lohnverhältnisse unter möglichster Wahrung eines friedlichen Ausgleiches zwischen Verwaltungen und Bediensteten und Arbeiter“ erstreben, gefunden wird. Gewiß: Wenn wir uns, wie die Genossen, in erster Linie zur Aufgabe gemacht hätten, der soz. Partei den nötigen Resonanzboden zu schaffen, dürften wir eine derartige Bestimmung nicht aufnehmen. Da wir aber einzig und allein die Interessen der Kollegen zu vertreten haben, müssen wir es ablehnen, den Kampf um des Kampfes willen zu führen. Und nichts anderes ist in dieser Bestimmung zum Ausdruck gebracht. Die stete Wiederholung der Behauptung von Schwarzgelben, nach Art eines Dr. Erdmann, zeugt nur davon, daß es den Genossen an Beweisen fehlt.

Wenn Alles liebt, kann Carl nicht hassen. Und so ist denn auch verständlich, daß der kleine Gerne-Groß in Duisburg sich an unseren führenden Kollegen in Köln zu reiben versucht. Insbesondere haben es ihm unsere Kollegen im Ausschuß bei der Straßenbahn angetan. Wir fordern daher den verantwortlichen Redakteur Koch auf, Namen zu nennen, welches bei uns organisierte Mitglied des Arbeiterausschusses Kollegen denunziert, oder diese Absicht geäußert hat. Aus dem Hinterhalt anonymer Weise Kollegen zu beschuldigen, ist noch immer die Taktik der Revolberpresse gewesen.

Wechselwirkung zwischen Staatsbetrieben und Privatindustrie.

Schon öfter hat man beobachten können, daß privatkapitalistische Interessentengruppen den Verwaltungen staatlicher Betriebe in den Arm fielen, wenn sie die Lage der Arbeiter und Angestellten verbessern wollten. Kürzlich wurde wieder aus dem Siegerland berichtet, daß dortige industrielle Kreise damit beschäftigt wären, Material für eine Denkschrift zu sammeln, die sich gegen eine eventuelle Erhöhung der Löhne der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter richtet. Die Siegerländer Privatindustrie, so heißt es, könne bezüglich der Löhne, der Arbeitszeit usw. mit den Staatsbetrieben nicht mehr Schritt halten. Deshalb solle gebremst werden.

„Ob dieser Ansicht“, so schreibt das „Volk“ in Siegen zu dieser Meldung, „hat sich begreiflicherweise der Siegländer Arbeiterschaft eine große Erregung bemächtigt. Diese Erregung ist durchaus verständlich. Die Siegländer Industrie — besonders die Eisenindustrie — geht gegenwärtig erfreulicherweise gut. Die durchaus günstigen Jahresabschlüsse berichten von reichen Erträgen. In solchen Zeiten muß eine derartige unsoziale Maßnahme, als welche die besprochene zweifellos bezeichnet werden muß, einen doppelt schlechten Eindruck machen. Man kann nur hoffen, daß der Eisenbahnminister sozialer denkt, als die Herren, die hinter der Eingabe der Siegerländer Industriellen stehen.“

Nicht nur die vorgeschickte örtliche schwierige Lage der Siegerländer Eisenindustrie ist das Motiv dieses Vorgehens, sondern es liegt System darin. Auch in anderen Landesteilen sind industrielle wie landwirtschaftliche Interessentengruppen schon früher in der gleichen unsozialen Weise vorgegangen, insbesondere bei der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung. Die privatkapitalistischen Kreise befürchten eben, daß sie den Fortschritten in den Staatsbetrieben auf das Drängen ihrer Arbeiter folgen müßten und an ihrem Provit geschmälert werden könnten.

Ähnliche Vorkommnisse, wie sie hier aus dem Siegerlande gemeldet werden, haben wir sehr oft, auch dann beobachtet, wenn die Lohn- und Dienstverhältnisse der städtischen Bediensteten und Arbeiter einer Neuregelung unterzogen werden sollen. Bei dem großen Einfluß der Industriellen auf die Gemeindeverwaltungen haben sie es aber nicht notwendig, in aller Öffentlichkeit zu protestieren. Ihrem Protest können sie in den geheimen Sitzungen den notwendigen Nachdruck verleihen, ohne daß die breite Öffentlichkeit etwas davon erfährt.

Diese Vorgänge zeigen aber mit aller Deutlichkeit, daß die Interessen der Staats- und Gemeindegewerkschaften und Angestellten und der Privatarbeiter enge ineinander greifen, daß sie in der Praxis nicht ohne Schaden für beide Teile getrennt werden können. Deshalb haben diejenigen ihrem Interesse am besten gedient, die ihre Standesorganisationen einer großen umfassenden Arbeiterbewegung angeschlossen haben. Und als die zuträglichste und wirksamste Organisationsrichtung hat sich für die staatlichen Arbeiter und Angestellten die christlich-nationale Arbeiterbewegung erwiesen, der zurzeit schon etwa 76 000 Mitglieder dieser Berufsgruppen angeschlossen sind.

Es geht vorwärts!

Den besten Beweis für die gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder erbringt immer die Höhe der Beitragsleistung. Wo Opferwilligkeit vorhanden ist, da ist auch die Garantie gegeben, daß die Kollegen in sonstiger Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. In den letzten Wochen sind unsere beiden größten Ortsgruppen: Köln (Straßenbahner) und München (Städt. Arbeiter), mit zusammen über 1500 Mitglieder, dazu übergegangen und haben beschlossen, einen Sozialbeitrag von 10 resp. 15 Pf. pro Woche zu erheben. Wie uns berichtet wird, ist ein Mitgliederverlust nicht eingetreten, vielmehr macht sich bei allen Kollegen eine lebhaftere Agitationstätigkeit bemerkbar. Für die anderen Ortsgruppen heißt es daher: „Machts nach!“

Verbandsnachrichten.

Kollegen! Mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Zeitung ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Zahlstellen erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages:

Cöln (Straßenbahner) von 15 Pfg. pro Woche.
München (Städt. Arbeiter) von 10 Pfg. pro Woche.
Essen (Städt. Arbeiter) von 10 Pfg. pro Woche.

Das Ausstellen der Mitgliedskarten, sowie der Mitgliedsbücher hat seitens des Ortsgruppenvorstandes zu erfolgen. Aufnahmescheine und vollgeklebte Mitgliedskarten sind aufzubewahren und mit der Quartalsabrechnung an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden. Der Zentralvorstand.

Aus den Ortsgruppen.

Mülheim (Rhein). Immer wieder hört man von Indifferenten und Kollegen, die bei der städtischen Werkverwaltung beschäftigt sind, sagen: Was hat der Verband denn eigentlich geleistet oder für uns getan? Wollen die Kollegen doch einmal etwas nachdenken. Wer hat es denn erreicht, daß:

1. Die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängert wurde;
2. die Entlohnung für Ueberstunden von 40 Pfg. auf 55 Pfg. bzw. 70 Pfg. erhöht;
3. der Erholungsurlaub von 3 auf 7 Tage bei Fortbezahlung des Lohnes erhöht wurde;
4. der Krankengeldzuschuß von 75 Pfg. für die Karenz- sowie für Sonn- und Feiertage bezahlt wird;
5. daß verschleißbare Kleiderstränge und Waschorröhrung angeschafft worden sind;
6. die Feuerungszulage im vorigen Jahre gewährt wurde und der Arbeiterauschuß eingeführt worden ist?

Außerdem werden Freibäder erstrebt. Also nach dem oben erwähnten ist wohl die Behauptung, der Verband leiste für die Kollegen nichts, hinfällig. Anstatt zu nörgeln und zu kritisieren soll jeder Kollege bereit sein, die Organisation zu stärken und die Indifferenten dem Verbands zuzuführen. Dann erst kann der Verband den Wünschen der Kollegen an der Werk voll und ganz gerecht werden. Wenn der letzte Mann dem christlichen Gemeindearbeiter-Verband zugeführt ist.

Es ist noch bemerkenswert, daß der sozialdemokratische Transportarbeiterverband schon 10 Jahre vorher dort bestanden hat, ehe der christliche Verband dort Eingang gefunden hatte. Aber in den 10 Jahren hatte er noch keine Hand gerührt, um für die Werkarbeiter etwas herauszuholen, oder überhaupt sich um sie zu kümmern. Also Kollegen, nur vertrauen und festhalten an dem christlichen Verbands, so wird auch eure Lage in nächster Zeit zufrieden gestellt werden können.

München. (Städt. Arbeiter). Am Sonntag, den 26. Januar, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr findet die Neuwahl des Arbeiterauschusses für die Lohnarbeiter des Stadtbauamtes statt.

Die Arbeiter der Abteilung Straßenbau haben im nördlichen Schrammenpavillon (Freibantgebäude), die Arbeiter aller übrigen Abteilungen im Turnsaal der Schule an der Blumenstraße ihr Wahlrecht auszuüben.

Nachdem diese Dienststelle die größte Zahl der städt. Arbeiter beschäftigt, ist diese Wahl auch von weittragender Bedeutung. In den letzten drei Jahren hatten den Arbeiterauschuß die Sozialdemokraten besetzt. Die Tätigkeit des Arbeiterauschusses in diesen Händen war durchaus einseitig. Nicht allein, daß alles unter der Flagge des sozialdemokratischen Verbandes gemacht wurde, nein, auch die Tätigkeitsberichte wurden von diesen Arbeiterauschüssen nur in sozialdemokratischen Versammlungen erstattet, sodaß den nichtsozialdemokratischen Arbeitern die Möglichkeit benommen war, die Berichterstattung entgegenzunehmen, ohne angerempelt zu werden.

Städtische Arbeiter! Haltet Ihr diese Leute, die nichts als Einseitigkeit kennen, für fähig, Euer Interessen zu wahren?

Ist es nicht umsomehr notwendig, gerade bei den heute bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen und bei der Zusammenfassung der hohen Kollegen unserer Stadt, mehr wie bisher den radikalisierten Genossen den Rücken zu kehren und statt dessen, in Bezug auf Erreichung von sozialwirtschaftlichen Verbesserungen der Lage der Gemeindegewerkschafter ein weniger radikales Verhalten an den Tag zu legen.

Städtische Arbeiter! Diese Dinge wieder einer Besserung entgegenzuführen, ist eine notwendige, in euerem Interesse liegende Aufgabe, die sich unser Verband gestellt hat. Mit Nachdruck werden die Kandidaten unseres Verbandes für die Interessen der städt. Arbeiter eintreten. Gibt es doch noch so viel zu regeln. Eine Masse von Wünschen sind dem Magistrat unterbreitet worden, sie alle hatten noch der Erledigung. Zeigt durch regen Anteil an der Wahl, vermittelt der Abgabe von Stimmzetteln für die Kandidaten

unseres Verbandes, daß ihr gewillt seid, mit den zum Schaden der ganzen städtischen Arbeiterschaft wirkenden Zuständen aufzuräumen. An dessen Stelle werdet ihr Leute in den Arbeiterauschuß senden, die euch verbürgen, reale Verhältnisse herbeizuführen und in loyaler Art und Weise für die Interessen aller städt. Arbeiter einzutreten; damit in Zukunft wirklich neutral gehandelt wird. Daß dem so wird, dafür bürgen die Kandidaten unseres Verbandes. Die Besetzung des Arbeiterauschusses spielt in Zukunft eine bedeutende Rolle. Darum, städt. Arbeiter! Auf zur Wahl des Arbeiterauschusses am 26. Januar und gebt die Stimmen unserem Kandidaten.

Es sind aufgestellt:

Abteilung: Wasserbau und Brückenbau:

Arbeiterauschußmitglied: Stiglauer Joseph;

Ersatzmann: Ritter Franz Haber.

Abteilung: Kanalbau:

Ersatzmann: Kalm Georg.

Arbeiterauschußmitglied: Graßmann Eduard.

Abteilung: Wasserversorgung:

Arbeiterauschußmitglied: Heim Anton;

Ersatzmann: Wildgruber Josef.

Abteilung: Hochbau:

Mitglied: Klein Johann;

Ersatzmann: Bayer Georg.

Abteilung: Seigungs- und Maschinenbau:

Mitglied: Popp Adam;

Ersatzmann: Lehner Kanut.

Abteilung: Gartenbau:

Mitglied: Ströbele Karl;

Ersatzmann: Hafner Johann.

Abteilung: Straßenbau:

Mitglied: Seiser Martin;

Ersatzmann: Lohr Josef.

Städt. Arbeiter Münchens! Sorgt, daß diese Kollegen gewählt werden, zu eurem Nutzen werden dieselben wirken, dessen dürft ihr sicher sein.

Das Standquartier unseres Verbandes befindet sich am Wahltag von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr im Gasthaus "Zum blauen Bod". Blumenstraße. Dortselbst wird am Wahltag jede Aufklärung gegeben und sind auch die Wahlzettel zu haben.

Baden - Lichtental. (Straßenbahner.) Die in unserem Verbands organisierten Angestellten der städtischen Straßenbahn in Baden-Baden haben der Betriebsleitung eine Eingabe überreicht, in der die Wünsche der Kollegen ihren Ausdruck finden.

Die Betriebsleitung hat bereits zugesagt, in den nächsten Tagen über die eingereichten Wünsche in mündliche Verhandlungen einzutreten. Gewünscht wird: 1. Die Dienstdienst so festzusetzen, daß dieselbe nicht mehr als 13 St. 20 Min. beträgt und der effektive Dienst 10 Stunden nicht überschreitet. Sollte jedoch in Einzelfällen ein längerer Dienst nötig werden, für jede angefangene Stunde 50 Pfg. Zuschlag zu zahlen. Den gleichen Zuschlag, wenn an freien Tagen Dienst geleistet werden muß.

2. Die Diensterteilung müßte so getroffen werden, daß sämtliches Personal in der Zeit von 11 - 2 Uhr zu Mittag essen kann und soll die Mittagspause möglichst 2 Stunden betragen.

3. Spätestens 7 Uhr abends soll der Dienst für die Frühdiensthabenden beendet sein.

4. Anstatt des seitherigen ständigen Urlaubs in Zukunft 7 freie Tage. Freie Tage, die in die Urlaubszeit fallen, sollten nicht zum Urlaub gerechnet werden. Besondere Vorkommnisse (Sterbefälle, plötzliche Erkrankungen usw.) gelten nicht als Urlaub oder freie Tage.

5. Beschaffung eines Aufenthaltsraumes an der Endstation Lichtental.

6. Festsetzung einer bestimmten Zeit zum Tragen der Dienstkleidung. Nach abgelaufener Zeit sollen die abgetragenen Kleider als Eigentum des Besitzers gelten. Allgemein wird lebhaft eine leichtere Kleidung für den Sommer gewünscht.

7. Für nicht angestellte Leute Regelung ihrer freien Tage. Geleistete Ueberstunden müssen sämtliche nach der städtischen Arbeitsordnung bezahlt werden und ist es nicht statthaft, sie durch Gewährung von freien Tagen aufzurechnen.

8. Bezugnehmend auf die in letzter Zeit stattgefundenen Zurücksetzung älterer Leute wird ersucht, in Zukunft keine Bevorzugungen stattzugeben und wenn eben möglich, wo dies schon geschehen, sie wieder rückgängig zu machen.

9. Den Stundenlohn für Anfänger auf 37 Pfennig, steigend jährlich um 1 Pfennig, festzusetzen.

10. Demilligung der Führerzulagen auch für nicht angestellte Führer.

Ößn (Straßenbahner). Am Donnerstag, den 16. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe der Straßenbahner ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Kassierer Kollege Becker berichtete zunächst über den Mitgliederbestand. Zu Beginn des Jahres waren 615 Mitglieder vorhanden, die im letzten Quartal 1911 durchschnittlich 10,52 Beiträge geleistet haben. Im 4. Quartal 1912 dagegen waren 870 Mitglieder verzeichnet mit einer Durchschnittsbeitragsleistung von 11,53 Beiträgen im Quartal. In Anbetracht der schwierigen Umstände, der Abspaltung der Sonderbündler, könne eine absolute Zunahme von 255 Mitgliedern und eine Erhöhung der Durchschnittsbeitragsleistung im einen Wochenbeitrag pro Quartal eine zufriedenstellende Entwicklung genannt werden.

Sodann gelangte der Antrag des Vorstandes und der Vertrauensmänner den Lokalbeitrag auf 15 Pfg. pro Woche zu erheben, zur Verhandlung. Nachdem Kollege Dedebach die Gründe in eingehender Weise dargelegt hatte, gelangte der Antrag mit allen gegen nur 2 Stimmen zur Annahme. Der Mindestbeitrag beträgt demnach vom 1. Februar ab pro Woche 50 Pfg. Die Vorstandswahl ergab das Resultat, daß Kollege Hoffmann als erster Vorsitzender, Kollege Becker als Kassierer und Kollege Steffens als Schriftführer gewählt wurden.

Düffelbors (Straßenbahner.) Die diesjährige Generalversammlung, welche am 17. ds. Mts. stattfand, wies einen etwas besseren Besuch auf, aber auch sie hätten in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser noch besucht sein müssen. Der Vorsitzende Kollege Ranabeh eröffnete dieselbe und wies auf die Wichtigkeit der Versammlung hin und bemängelte die oft noch unter den Straßenbahnern anzutreffende Gleichgültigkeit, die wiederum zum Schaden der Kollegen gereiche.

Hierauf hielt der Kartellbeamte Kollege Gückens einen eingehenden Vortrag über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß durch die R.-V.-O. die Krankenversicherung zugunsten der Versicherungsnehmer ausgebaut sei. Nun liege es an den Versicherungsnehmern, das Angebotene für sich nutzbar zu machen, die ja $\frac{2}{3}$ des Vorstandes und der Generalversammlung stellten. Ein Ausbau der Leistungen der einzelnen Kassen müsse dahin erfolgen, daß die Familienangehörigen mehr als bisher in die Kassen aufgenommen wurden, vor allem Arzt und Arznei gestellt würde. Hier müsse die Zahlungsscheu bekämpft werden und dürften sich die Vorstandsmitglieder nicht von einer falschen Rücksichtnahme leiten lassen. Auch müsse von der Befugnis, das Krankengeld auf länger als ein halbes Jahr auszudehnen, Gebrauch gemacht werden, wie es erfreulicherweise schon viele Kassen getan haben. Ebenso sei es statthaft, den Kranken nach einem Jahre noch Beihilfe zu leisten.

Auch legte der Referent den Kollegen nahe, ihre Frauen in der Krankenkasse versichert zu halten, zumal wenn solche bei der Verheiratung einer solchen angehören. In diesem Falle jedoch die Beiträge allein zu tragen seien.

Das dürfte jedoch keinen davon abhalten, zumal die Wochenbeihilfen eine Ausdehnung ebenfalls erfahren haben.

Nachdem Redner noch die Landkrankenkasse unter die Lupe genommen hatte, die Licht- und Schattenseiten behandelte, kam er zu dem Resultat, daß sie besserungsbedürftig seien, immer aber gegen früher ein Fortschritt sei, da ca. 7 Millionen Arbeiter mehr versichert dadurch seien. Die Zeit müsse ebenso die Selbstverwaltung auch für diese Kassengattung bringen.

Zum Schluß behandelte der Referent das Streitverfahren und die Wichtigkeit der Wahlkörper bis zum Reichsversicherungsamt, die ihre Anfänge in der Krankenversicherung haben.

Die Diskussion ergab, daß in dieser Richtung mehr aufklärende Vorträge gehalten werden sollten und ebenso daß der Wahl zum Krankentassenvorstand mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden sei.

Die Vorstandswahl tätigte folgendes Resultat, nachdem Kollege Ranabeh erklärte, die Wahl des 1. Vorsitzenden nicht mehr zu übernehmen: Koll. Werle 1. Vorsitzender, Ranabeh 2. Vors., Kass. Sekretär Helfenstein, Schriftführer M. Förster.

Die Kollegen übernahmen die ihnen anvertrauten Ämter mit der Erklärung, für die Interessen der Kollegen und den Verband tätig sein zu wollen. Die Versammlung nahm einen befriedigten Verlauf und hoffen die Kollegen, daß ein weiteres Wachsen des Verbandes die Folge sei.

Mühlhausen (Glas). In unserer Generalversammlung am 12. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, worauf ihm, auf Antrag der Revisoren, Entlastung erteilt wurde. Bei der Vorstandswahl wurde unser Kollege Görger wiederum zum Vorsitzenden gewählt. Hoffentlich werden im neuen Vereinsjahre sämtliche Mitglieder in der Agitation ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun, sodas unsere Ortsgruppe das nächste Jahr mit der doppelten Mitgliederzahl abschließt.

Berneck. Am Donnerstag, den 23. ds. Mts. hielt die hiesige Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, die von fast sämtlichen Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Kollege Menninger in ehrenvollen Worten zweier verdienter Kollegen, die für langjährige, treue Dienstleistung im Betriebe der Heil- und Pflegeanstalt Berneck vom landwirtschaftlichen Bezirksverein die silberne Vereins-Denkünze erhielten. Es sind dies die Kollegen Kutscher Michael Bock und Dekonomieknicht Karl Schaub. Der Vorsitzende gratulierte den Weiden zu ihrem Ehrenzeichen mit dem Wunsche, dieselben möchten noch viele Jahre in bester Gesundheit ihre Kraft dem Dienste der Anstalt weihen. Nach Bekanntgabe des Einlaufs hielt der Vorsitzende einen Rückblick über das verlossene Verbandsjahr und mußte konstatieren, daß auch im verlaufenen Jahre die Wünsche der Kollegen nicht oder nur teilweise in Erfüllung gingen. Unsere Petition auf Einstellung einer neuen Gehaltsordnung wurde vom hohen Landrat mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Wohnungsausschuß für die außerhalb der Anstalt wohnenden Kollegen von 120 auf 250 Mark erhöht. So angenehm dies die in Betracht kommenden Kollegen berührte, desto größer war und ist der Unwille der anderen Kollegen, die nichts erhielten, diese wohnen einfach um 130 Mk. teurer. Das hilft den Kollegen aber nicht über die teure Zeit hinweg. Bei unserer letzten Versammlung am 15. Dezember bei der auch Kollege Bauer-Mschaffenburg anwesend war, versprach nun Kollege Bauer, daß er nach Erscheinen des Kreisamtsblattes mit Koll. Trenmel bei der hohen kgl. Regierung vorstellig werden wolle, um vielleicht auch für leer ausgegangene Kollegen noch etwas herauszuschlagen.

Dem Ortsgruppenkassierer wurde der Dank für seine gewissenhafte Kassenführung ausgesprochen und Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Bewegung unter den staatlichen Bergarbeitern des Saarreviers ist nun doch mit einem Erfolge der Bergleute beendet. Bekanntlich reichten die Arbeiterausschußmitglieder am 15. Dezember für ihre Belegschaften die Kündigung ein. Anlaß zu diesem Vorgehen bot die Einführung einer neuen Arbeitsordnung und die verhältnismäßig geringe Entlohnung im Saarrevier im Vergleich zu den andern Bergrevieren Deutschlands. Die Kollegen waren es leid, sich immer mit Versprechungen seitens der Bergwerksverwaltung abspeisen zu lassen. Nachdem aber inzwischen mehrere Verhandlungen zwischen dem preussischen Handelsminister und der Bergwerksverwaltung einerseits und einer Kommission der Bergleute, einigen Abgeordneten und dem Sekretär Zmbusch vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter andererseits stattgefunden hatten, erließ die Bergwerksverwaltung eine bestimmt gehaltene Arbeitsordnung und gab die bestimmte Zusicherung, daß Lohnerhöhungen eintreten würden. Hierauf zogen die Bergleute ihre Kündigung zurück. Nur auf einigen Gruben kam es zum Ausstand, da die Betriebsleitungen, die vom Handelsminister gegebenen Versprechungen, keine Maßregelungen vornehmen zu wollen, nicht beachteteten. In einigen Tagen wurden auch diese Ausstände zur Zufriedenheit der Bergleute beigelegt.

Am 1. Januar wurden auf allen Saargruben die Schichtlöhne weiter erhöht, sodas die Schichtlöhne im Durchschnitt seit Oktober 1912 um M. 0,30—0,40 erhöht sein dürften. Auch die Gedinge wurden mit dem 1. Januar teilweise erhöht. Für die Lohnfrage ist somit für die Saarbergleute mit dem 1. Januar 1913 ein augenscheinlicher Erfolg eingetreten. Wenn auch der Handelsminister im Abgeordnetenhaus der Gewerkschaftsleitung die Erreichung wesentlicher Vorteile durch die Bewegung abzuspochen suchte, so dürften die wirklichen Tatsachen fast das Gegenteil beweisen. Man darf wohl ruhig behaupten, daß die Bergbehörde, die stets traditionell auf gleichmäßige Löhne zu guten und schlechten Zeiten gehalten hat, sich ohne die Streikbewegung nicht zu der jetzigen sprunghaften Erhöhung der Löhne veranlaßt

gesehen hätte. Der Ausgang dieser Bewegung zeigt, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Rechte war, als er, entgegen dem Willen der „Berliner“, die Bergarbeiter zur Einreichung der Kündigung veranlaßte. Durch die Tatsachen gerechtfertigt ist auch sein Verhalten, daß er, nachdem seitens der Bergwerksverwaltung bestimmte Erklärungen abgegeben waren, die Kündigung zurückziehen ließ. Daß die Herren Genossen jetzt kräftig schimpfen, weil der Weizen der Sozialdemokratie infolge dieser Bewegung im Saarrevier nicht blühen will, ist nicht anders zu erwarten.

Die Gesellschaft für Soziale Reform (Geschäftsstelle Berlin, Mollendorffstr. 29/30) wird ihre nächste Hauptversammlung in den letzten Tagen des Mai 1913 in Düsseldorf abhalten. Die Tagesordnung soll einzelne besonders wichtige Fragen aus dem Rechte des Arbeitsvertrages und des gewerblichen Einigungswesens umfassen. Die sachliche Vorbereitung für die Verhandlungen der Düsseldorfer Hauptversammlung ist einem Unterausschusse für Arbeitsrecht überwiesen worden, der zunächst die Haftung der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände aus Tarifverträgen und die Streitfrage studiert, ob allgemeine Tarifverträge für ein Gewerbe durch Sonderabmachungen einzelner Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitern durchkreuzt werden dürfen (Abdingbarkeit). Diese Fragen spielen in der Tarifvertragspolitik der industriellen Organisationen eine immer dringlichere Rolle. Ähnlich zeitgenössische Fragen bearbeitet ein Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform, derjenige für Privatbeamtenfragen, der sich in seiner letzten Sitzung mit der vorliegenden oder erwartenden Gesetzentwürfen über Konkurrenzklausele und Sonntagsruhe und mit dem Koalitionsrecht der Angestellten beschäftigte. Den angeschlossenen Verbänden wurde empfohlen, auf Grund ihrer Stoffsammlungen zunächst selbst gewisse allgemeinere Ergebnisse bezüglich des Koalitionsrechtes der Angestellten festzustellen und daraus bestimmte Forderungen an die Gesetzgebung und Rechtsprechung abzuleiten. Bei der endgültigen Fassung der Reformvorschläge sollen die Verbände dann mit dem Vorstande der Gesellschaft und dem Arbeitsrechtsausschusse Fühlung nehmen.

Christlicher Arbeitswilligendienst. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die gesamte sozialdemokratische Presse einen Artikel, in welchem die Wahrheit wieder einmal viel zu kurz kommt. Der Grund zur Notiz ist folgender: In der Roland-Mühle legten Ende Dezember 36 Speicherarbeiter die Arbeit nieder. Am 1. Januar erscheint in der bürgerlichen Presse ein Inserat, in welchem genannte Mühle 30 Speicherarbeiter sucht. Am nächsten Tage werden 9 christlich organisierte, welcher hier arbeitslos weilten, vom Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes nach dort verwiesen nach telephonischer Rücksprache mit dem Direktor. Am selben Tage nachmittags erschienen sämtliche Arbeitslose wieder im Büro und machten die Mitteilung, daß in der Mühle gestreikt werde. Am 2. Januar abends brachte dann das hiesige sozialdemokratische Organ die erste Notiz bezgl. des Streiks, dadurch erhielten die Beamten der christlichen Organisationen erst Kenntnis von dem Streik. Daß nun die christlich organisierten dort nicht in Arbeit traten, ist selbstverständlich. Dieses ist der nackte Tatbestand. In der hiesigen sozialdemokratischen Presse wird nun behauptet, daß dort 15 Arbeiter angeboten seien, und daß der Beamte dort persönlich hätte mit der Direktion unterhandeln wollen, nach der auswärtigen Presse sollen es 15—18 Arbeiter gewesen sein, während es in Wahrheit nur 9 waren.

Trotzdem nun seitens des christlichen Beamten zweimal eine preßgesetzliche Verächtigung erfolgte und der oben gezeichnete Tatbestand festgestellt wurde, hält der sozialdemokratische Brauerei- und Mühlenarbeiterverband seine An-

gaben aufrecht und stützt sich dabei angeblich auf Mitteilungen der Direktion. Wir sind nun in der Lage, festzustellen, daß dem Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes ein Schreiben des Direktors zugegangen ist, welches sich aber absolut nicht mit den Angaben der Genossen deckt. An anderer Stelle wird man schon den Genossen zeigen, daß sie die Ehre christlicher Arbeiter nicht mit Füßen treten können. In einem Teil der sozialdemokratischen Presse (Duisburg, Bremerhaven) ist sogar die freche Behauptung aufgestellt, daß der „christliche Arbeitersekretär Hartwich persönlich in der Rolandmühle gewesen sei und 15—18 brauchbare Arbeiter angeboten hätte!“

Es sei hierzu nur bemerkt, daß Herr Sekretär Hartwich Ende Dezember seinen Wohnsitz von Bremen verlegt hat und bis heute noch nicht wieder hier gewesen ist. Das Ganze ist wieder ein Beweis, daß die Sozialdemokratie ohne Lug' und Trug nicht bestehen kann.

Christlicher und sozialdemokratischer Ortskrankenkassen- skandal? Der frühere Kendant der Ortskrankenkasse Bochum i. W. ist leßthin wegen Untreue und Urkundenfälschung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse sucht diese Angelegenheit in langen Artikeln mit sensationellen Ueberschriften, wie: „Korruption in einer christlichen Ortskrankenkasse“ oder: „Wieder ein christlicher Ortskrankenkassen-skandal!“ usw. gegen die christliche Arbeiterbewegung auszubenten. Zu diesem Versuch gehört ein großes Maß von Skrupellosigkeit und Verlogenheit. Die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Vertreter in der Bochumer Ortskrankenkasse trifft an der Mißwirtschaft des früheren Kendanten auch nicht die allergeringste Schuld. Im Gegenteil: Gerade die christlichen Vertreter waren es, die die unreellen Schliche des verurteilten Kendanten aufdeckten und dafür gesorgt haben, daß ihm endlich das Handwerk gelegt wurde. Wenn dies nicht schon früher geschah, dann aus dem Grunde, weil die Aufsichtsbehörde und Staatsanwaltschaft den vorgebrachten Beschwerden der christlichen Kassenvertreter zuerst kein Gehör schenkten, was alles jetzt gerichtlich festgestellt ist. Die christlichen Vertreter haben mithin vollauf ihre Pflicht getan und es ist eine sozialdemokratische Frechheit sondergleichen, bei diesem Tatbestand einen „christlichen Ortskrankenkassen-skandal“ zu konstruieren. Die Frechheit ist noch um so größer, da der betrügerische Kendant ein Schützling der „Genossen“ war, die ihn gegen das Vorgehen der christlichen Vertreter sogar in Schutz nahmen und austreten, die Christlichen wollten dem Kendanten nur deshalb etwas, weil er auch für die Sozialdemokraten zu sprechen sei. Und bei den Krankenkassenwahlen standen Kendant und Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiter. So sieht die Wahrheit über den Bochumer Ortskrankenkassen-skandal aus. Mit ihrer unehrlichen Kritik schlagen die sozialdemokratischen Blätter jetzt ihren eigenen Anhängern ins Gesicht. Daher auch die äußerst bezeichnende Tatsache, daß die sozialdemokratische Presse in Bochum sich wohl hütet, diese Sache gegen die christliche Arbeiterbewegung auszubenten. Das Ganze ist wieder ein Schuldbeweis der abgrundtiefen Unehrllichkeit sozialdemokratischer Kampfweise.

Mit diesem dreisten Schwindel möchte die sozialdemokratische Presse den Blick von den sozialdemokratischen Krankenkassen-skandalen a la Solingen ablenken. Vergebliches Beginnen. In Solingen, der unbestrittenen roten Hochburg, da gab es eine wirkliche Korruption in der Leitung und Verwaltung der Ortskrankenkasse. Da ist nicht nur der Kendant, sondern eine ganze Anzahl Vorstandsmitglieder direkt und indirekt beteiligt. Auch der Kassenvorsitzende, ein Obergenosse und sozialdemokratischer Stadtrat, der mit dem betrügerischen Kendanten als guter Freund auf Pump lebte.

Ein anderer Obergenosse und roter Verbandsbeamter sitzt so tief im Sumpf, daß er flüchtete, später aber erwischt und in Untersuchungshaft genommen wurde. Das ist wirkliche Korruption, das ist in Wahrheit ein sozialdemokratischer Kassenkandal, während in Bochum nur ein frecher Lügner von einer Mitschuld der christlichen Vertreter reden kann.

Wieder ein verkrachtes sozialdemokratisches Volkshaus. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften in Köln haben sich vor Jahren gemeinsam ein Volkshaus zugelegt, um eigene Verkehrs- und Versammlungsräume zu haben. Die rote Herrlichkeit ist nicht von Bestand gewesen. Kaum ein Jahr ist seit dem Tage vergangen, da der Reichstagswahlkreis Köln-Stadt der Sozialdemokratie anheimfiel, da war das rote Volkshaus unter dem Hammer. Am 7. Januar d. J. wurde es zwangsweise versteigert und — als ein von den Sozialdemokraten mit zirka 1 Million Mark kapitalisiertes Projekt — für 499 000 Mark losgeschlagen. Mit dieser Summe kommen die vereinigten Hamburger Krankenkassen mit ihrer ersten Hypothek von 475 000 Mark gerade auf ihre Rechnung, alle anderen Gläubiger haben das Nachsehen. Vergebens haben die Kölner „Genossen“ für ihr „eigenes Heim“ große Opfer gebracht, wöchentliche Extrabeiträge gezahlt usw., alles ist hin!

Bei dem Zusammenbruch dieses sozialdemokratischen Unternehmens, dem eine große Anzahl ähnlicher Art vorausgegangen sind, hat sich wieder gezeigt, daß die sozialdemokratischen Obergenossen sehr kurzfristige Geschäftsleute und schlechte Verwaltungsmenschen sind. Mit großem Phrasenschwall und geräuschvollem Lantam lassen sich geschäftliche Unternehmungen wie ein Volkshaus nicht rentabel gestalten. Mit welcher Kopflosigkeit haben sich die führenden Kölner Genossen in das Volkshausprojekt hineingestürzt! Jeder, der auf dem Gebiet nur ein wenig Erfahrung besaß, mußte im voraus davon überzeugt sein, daß dieses Unternehmen nicht dauern zu halten war. Als der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten und der Konkurs angemeldet war, da ging auch dem Kölner Sozialistenorgan, der Rheinischen Zeitung, ein Licht auf; da jammerte sie, das Volkshaus habe von Anfang an daran gekrankt, daß es viel zu hoch kapitalisiert gewesen sei. Diese bessere Einsicht kam zu spät, für die vielen geprellten Gläubiger ist das ein schlechter Trost. Im übrigen aber auch wieder ein Beweis, daß Redensarten und praktisches Können bei der Sozialdemokratie im schreienden Gegensatz zu einander stehen. Sonst brüsten sich die Genossen: Seht, wir, wir, wir sind es, die alles besser wissen, und besser machen werden, wenn wir nur mal an's Ruder kommen! Aber praktisch erweisen sie sich unfähig, sind nicht einmal im Stande, in einer Stadt wie Köln ein eigenes Verkehrslokal auf geschäftlich gesunder Grundlage einzurichten und über Wasser zu halten.

Gericthliches.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen war die Ursache eines gegen die Stadtgemeinde Dortmund angestregten Schadenersatzprozesses. Die „Tremonia“ berichtet darüber wie folgt:

„Der Kläger behauptet, er sei beim Einfahren aus der Wiesenstraße in die Schützenstraße in Dortmund mit seinem Auto mit einem Motorwagen, der die Schützenstraße entlang fahrenden Straßenbahn zusammengestoßen, obgleich er im mäßigen Tempo um die Ecke gefahren sei. Der Motorwagen der Straßenbahn sei mit derartig übermäßiger Geschwindigkeit gefahren, daß er nicht auf 50 Meter habe zum Stillstand gebracht werden können. Der Führer des Straßenbahnwagens habe durch sein grob fahrlässiges Verhalten den Zu-

sammenstoß herbeigeführt und dadurch die Beschädigung seines Autos verursacht. Die Beklagte habe ferner bei der Auswahl und der Beaufsichtigung des Wagenführers die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nicht beachtet. Die Beklagte schiebt die Schuld an dem Zusammenstoß dem Kläger selbst zu. Der Motorwagen mit zwei Beiwagen sei in mäßiger Geschwindigkeit und unter ständiger Abgabe von Läutesignalen dem Depot zugefahren. Als er ca. 10 Meter von der Wiesenstraße entfernt gewesen sei, sei plötzlich aus dieser Straße in schnellem Tempo das vom Kläger geführte Auto herangekommen und direkt auf das Geleise gefahren, so daß dem Straßenbahnführer trotz sofortiger Versuche, den Wagen zum Stehen zu bringen, dies auf die kurze Strecke nicht mehr möglich gewesen sei. Das Amtsgericht Dortmund hat die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Aus der Beweisaufnahme lasse sich nicht mit Sicherheit entnehmen, ob den Kläger oder den Straßenbahnführer ein Verschulden treffe.“

Wer die Verhältnisse in Dortmund kennt, weiß, daß unter dem Personal der Dortmunder Straßenbahn ein überaus starker Wechsel herrscht. Die Ursache hierfür ist auf die ungünstigen Dienst- und Lohnverhältnisse zurückzuführen. Selbverständlich wirkt dieser Umstand sehr ungünstig auf die Betriebssicherheit ein.

Aus diesem Umstande ergibt sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß nicht nur die Straßenbahnverwaltungen selbst, sondern auch das Publikum das allergrößte Interesse daran haben, daß tüchtiges, erfahrenes Personal den verantwortungsvollen Dienst bei den Straßenbahnen versteht. Um dieses aber zu erreichen, ist es vor allem notwendig, daß Lohn- und Dienstzeitverhältnisse so gestaltet werden, wie es diesem schweren, aufregenden Dienste entspricht. In diesem Sinne verbessernd zu wirken, hat sich der Zentralverband der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands als eine seiner Hauptaufgaben gestellt.

Versammlungskalender.

Jedes Mitglied sollte es sich zur Pflicht machen, regelmäßig und pünktlich die Versammlungen zu besuchen. Ohne wichtigen Grund versäume man keine Versammlung!

Grefelh. Dienstag, den 11. Februar 8 Uhr in der Reichshalle Versammlung. Bücher und Karten zur Kontrolle mitbringen.

Köln (Stadt. Arbeiter). Freitag, den 31. Januar Vorstandssitzung „Im Ochs“, Saal 6—8.

Freitag, den 7. Februar Monatsversammlung „Im Ochs“

Gedenktafel.



Gestorben sind unsere treuen Kollegen:

Ludwig Enthogner, München;

Anton Gstand, Konstanz;

Josef Geisinger, München;

Josef Niedhammer, München;

Johann Meisterbauer, München.

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Gidmann;
Verlag: Peter Debenbach, beide Köln, Palmstr. 14.
Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Marast. 9.